

Auf den Punkt gebracht

Der Ampel-Koalitionsvertrag: Halbierter Fortschritt

Der Koalitionsvertrag bringt eine nachholende Modernisierung des Landes. Aber an entscheidenden Punkten versagt die Ampel: Fortschritt gibt es vor allem solange er wenig kostet – und Konzernen und Reichen nicht weh tut. Der nötige Politikwechsel ist so nicht zu schaffen.

Die neue Koalition geizt nicht mit großen Worten: »Mehr Fortschritt wagen« ist die Überschrift des Koalitionsvertrages von SPD, Grünen und FDP. Ganz unbescheiden stellt sich Kanzlerkandidat Olaf Scholz damit in die Tradition von Willy Brandt. Im Vergleich zu 16 Jahren CDU-geführter Regierung gibt es tatsächlich einige Fortschritte. Sie finden sich vor allem auf gesellschaftspolitischer Ebene – und wurden von der Zivilgesellschaft (und auch der LINKEN) seit Jahren eingefordert:

Eine Mehrfachstaatsangehörigkeit wird ermöglicht; Einbürgerung soll es schon

nach 5 Jahren (bzw. bei »besonders guter Integration« nach 3 Jahren) geben, ein Partizipationsgesetz soll kommen, das Wahlalter wird auf 16 Jahre abgesenkt, Cannabis-Konsum soll legalisiert werden. Der Paragraph 219a (Einschränkung der Information über Schwangerschaftsabbrüche) wird ebenso abgeschafft wie das Transsexuellengesetz, das Familien- und Abstammungsrecht wird reformiert.

Auch auf bürgerrechtlicher Ebene gibt es Verbesserungen: Es soll ein Demokratiefördergesetz für die engagierte Zivilgesellschaft und eine Kennzeichnungspflicht bei der Bundespolizei geben. Nicht zuletzt

werden große Ziele hinsichtlich des Klimaschutzes formuliert: Der Kohleausstieg soll »idealerweise« bis 2030 erreicht, der Ökostromausbau beschleunigt, ein Qualifizierungsgeld für den Strukturwandel eingeführt und die E-Mobilität gefördert werden. Hier zeigt sich aber schon das zentrale Problem der Ampel – mit Reichen und Konzernen will sie sich nicht anlegen. Fast überall, wo es darauf ankäme endlich den Markt zu regeln, hat sich die marktradikale FDP durchgesetzt.

► Fortsetzung auf Seite 4

Interview mit Thomas Nord:
„DIE LINKE muss eine eigene einende Identität entwickeln“

Seiten 5-6

DIE LINKE:
Heraus aus dem Tief - aber wie?

Seiten 7-9

Cuba sí:
Corona getrotzt

Seiten 11-12

links gelesen:
Die Verdammten dieser Erde

Seite 12

Termine

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

20. Dezember 2021, 18:00 Uhr

Sitzung des Kreisvorstandes

- 📍 Onlineberatung, die Zugangsdaten erhaltet ihr unter frank.kreitner@dielinke-ffo.de oder mit der Einladung

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

06. Januar 2022, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

- 📍 Oderturm, Logenstraße 8
9. Etage / Raum Heilbronn
15230 Frankfurt (Oder)

LL-Bündnis

9. Januar 2022, 10:00 Uhr

Luxemburg-Liebnecht-Demo in Berlin

- 📍 Frankfurter Tor, Berlin

DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder)

17. Januar 2022, 18:00 Uhr

Sitzung des Kreisvorstandes

- 📍 Onlineberatung, die Zugangsdaten erhaltet ihr unter frank.kreitner@dielinke-ffo.de oder mit der Einladung

DIE LINKE. Frankfurt (Oder), VVN-BdA Frankfurt (Oder)

Luxemburg-Liebnecht-Gedenken

16. Januar 2022, 10:00 Uhr

- 📍 Denkmal für die Opfer des Faschismus, Rosa-Luxemburg-Str., 15230 Frankfurt (Oder)

Deutsch-Polnische Seniorenakademie

18. Januar 2022, 15:00 Uhr

Vorstellung des Minibuches „Gemeinsam – Razem“ zum 20. Jahrestag der Seniorenakademie

- 📍 Hansesall im Bolfrashaus, Große Oderstraße 29, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

20. Januar 2022, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

- 📍 Oderturm, Logenstraße 8, 9. Etage (Raum Heilbronn), 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder)

31. Januar 2022, 18:00 Uhr

Sitzung des Kreisvorstandes

- 📍 Onlineberatung, die Zugangsdaten erhaltet ihr unter frank.kreitner@dielinke-ffo.de oder mit der Einladung

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

03. Februar 2022, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

- 📍 Oderturm, Logenstraße 8, 9. Etage (Raum Heilbronn), 15230 Frankfurt (Oder)

Historische Ereignisse

01. Januar 1993

Die Regelungen für den Europäischen Binnenmarkt treten in Kraft.

04. Januar 1993

Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im

Bundesarchiv nimmt ihre Arbeit auf.

17. Januar 1945

Befreiung des KZ Warschau

17. Januar 1988

Am Rande der Luxemburg-Liebnecht-Demonstration werden in Berlin ca. 120 Oppositionelle festgenommen, die unter der Losung „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ gegen die staatliche Bevormundung protestieren wollen.

19. Januar 1919

Wahlen zur Nationalversammlung - Frauen können in Deutschland bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung erstmals auf nationaler Ebene ihr Wahlrecht nutzen.

19. Januar 1992

Eröffnung der ersten zentralen deutschen Gedenkstätte zur Erinnerung an den Holocaust in der Berliner Villa am Wannsee

27. Januar 1945

Befreiung des KZ Auschwitz

29. - 31. Januar 1993

3. Parteitag der PDS: Annahme des Parteiprogramms und einer Erklärung „Zur konsequenten und öffentlichen Auseinandersetzung mit der Problematik der Staatssicherheit“

Jahrestage

23.12.1888 | Neuwied

* Friedrich Wolf

24.12.1979 | Aarhus, Dänemark

† Alfred Willi Rudi Dutschke

24.12.1946 | Zella-Mehlis

* Michael Schumann

04.01.1903 | Hermaringen, Württemberg

* Georg Elser

Johann Georg Elser war ein deutscher Kunstschreiner und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Am 8. November 1939 führte er im Münchner Bürgerbräukeller ein Sprengstoffattentat auf Adolf Hitler und nahezu die gesamte nationalsozialistische Führungsspitze aus, das nur knapp scheiterte. Nach über fünf Jahren Haft im KZ Sachsenhausen und im KZ Dachau wurde er auf direkten Befehl Hitlers hin, heimlich und ohne Gerichts-urteil ermordet.

15. Januar 1919 | Berlin

† Rosa Luxemburg

15. Januar 1919 | Berlin

† Karl Liebnecht

30. Januar 1948 | Neu-Delhi

† Mohandas Karamchand (Mahatma) Gandhi

06. Februar 1921 | Frankfurt (Oder)

* Zvi Aharoni

Zvi Aharoni war ein israelischer Mossad-Agent. Er war wesentlich an der Ergreifung Adolf Eichmanns beteiligt. Hermann Aronheim (später Zvi Aharoni) entstammte einer gutbürgerlichen Familie, der Vater war Rechtsanwalt. Er besuchte in Frankfurt (Oder) das Friedrichsgymnasium.

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

República de Cuba / Republik Kuba

01. Januar

Sieg der Revolution / Tag der Befreiung

17. Januar

Martin Luther King Day

Vereinte Nationen (UN)

27. Januar

Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust / Holocaust-Gedenktag / Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Hilfswerk Jugend Eine Welt

31. Januar

Tag der Straßenkinder

Herzlichen Dank!

Liebe Genoss:innen, liebe Leser:innen, wir möchten uns recht herzlich bei Ihnen und Euch bedanken.

Vielen Dank liebe Genoss:innen für all eure Artikel, euer Feedback, für das fleißige Verteilen und für eure Treue. Vielen Dank liebe Leser:innen, für ihr Interesse und ihre Lesefreude, von der wir hoffen, dass sie auch im neuen Jahr erhalten bleibt.

Wir hoffen sehr, dass wir mit über 200 Artikeln, die im Jahr 2021 in unserer "Kleinen Zeitung" erschienen sind, einen Beitrag zur Information unserer Genoss:innen und Sympathisant:innen leisten konnten. Wir wünschen Ihnen und Euch frohe Weihnachten, einen guten Rutsch ins neue Jahr und vor allem Gesundheit!

AG DER ROTE HAHN
DIE LINKE.Frankfurt (Oder)

PS: Die Produktion des ROTEN HAHNES kostet viel Geld. Darum freuen wir uns sehr über jede Spende und sei sie noch so klein! Unsere Kontoverbindung findet sich im Impressum. Barspenden sind auch jederzeit in der Kreisgeschäftsstelle möglich. Vielen Dank!

Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle

Die Kreisgeschäftsstelle und die Abgeordnetenbüros bleiben in der Zeit vom **22. Dezember 2021 bis einschließlich 2. Januar 2022 geschlossen. Wir wünschen Ihnen und Euch erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr!**

Dienstag 10:00 – 16:00 Uhr
(13:00 Uhr – 16:00 Uhr Kassenzeit)
Donnerstag 09:00 – 10:00 Uhr
Freitag **10:15 – 13:00 Uhr**
(Sozialberatung)

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Hinweis: Die Kontaktnachverfolgung ist weiterhin obligatorisch. In der Kreisgeschäftsstelle kann man seine Anwesenheit per **luca-App** dokumentieren.

www.luca-app.de

Die Nutzung ist selbstverständlich freiwillig. Wer die luca-App nicht nutzen möchte, muss ich weiterhin in die Anwesenheitslisten eintragen.

”

Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken!

“

Rosa Luxemburg
05. März 1871 – 15. Januar 1919

Zum Geburtstag wünschen wir allen Genoss:innen und Leser:innen alles Gute und ein wunderbares neues Lebensjahr.



Die Mensa in den Landtag bringen!

dielinke.SDS Viadrina Frankfurt (Oder): Am 3. Dezember trafen wir uns mit der Landtagsabgeordneten Isabelle Vandre in der Mensa der Universität Viadrina, um am Mittagstisch über linke Politik zu reden und uns kennen zu lernen.



Die Anfangsnervosität löste sich schnell auf und es entspann sich eine Diskussion zum TVStud (Tarifvertrag studentischer Mitarbeiter:innen), welcher an der Viadrina bisher nicht umgesetzt wird, sowie zur Gestaltung eines niedrigschwelligen Zugangs zum Teilzeitstudium. Ein Schwerpunkt der Diskussion war die anstehende Hochschulgesetznovelle des Landes Brandenburgs, welche voraussichtlich erst 2023 abgeschlossen sein wird, und der Streit um das Semesterticket (siehe Novemberausgabe Roter Hahn). Zu diesen wichtigen Fragen möchte Isa gerne am Anfang des nächsten Jahres verschiedene linkspolitische Hochschulgruppen zusammenbringen und einen gemeinsamen Katalog zusammenstellen. Während Isabelle Anfragen im Landtag stellen wird, wollen wir, die Hochschule als vorpolitischen Raum begreifend, versuchen eigene Utopien und Ideen für die Bildungsgesellschaft von morgen zu entwickeln und mit den Studierenden diskutieren. Denn das vorgelegte Thema birgt Kampagnenpotenzial - möglicherweise über zwei Semester hinaus.

Pflicht sehe, für einen gerechten und bezahlbaren Preis zu sorgen, aber es auch als notwendig erachtet, dass der VBB Zahlen vorlegt, aus denen sich die Begründung für Preissteigerungen ergibt. So ist nicht auszuschließen, dass Quersubventionierungen im VBB vorgenommen werden oder die Berechnung nicht die reale Nutzung und Belastung widerspiegelt.

Darüber hinaus tauschten wir uns über linke Bildungsarbeit und Quellen aus, welche wir in unserem politischen Bildungsangebot verwenden wollen. Ein Schwerpunkt in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband der Linken und linksaktiven Leuten soll auch die Wohnungspolitik sein, wie sie sich in zahlreichen Linken-Anträgen zeigt, wie zuletzt z.B. bei der Lebuser Vorstadt, bei der uns Isa Materialien und weitere Erfahrungsberichte zukommen lässt. Wir sind gespannt auf den Januar und freuen uns auf die Zusammenarbeit im neuen Jahr!

dielinke.SDS Viadrina

Facebook: fb.me/dielinke.SDSViadrina
Instagram: instagram.com/sds.viadrina

In Bezug auf das Semesterticket informierte uns Isa, dass sie das Land in der

Der Ampel-Koalitionsvertrag: Halbierter Fortschritt

► Fortsetzung von Seite 1

Die Liste gebrochener Versprechen ist lang. Verkehrswende? Faktisch abgesagt, es gibt keinen Ausstieg aus dem Verbrennermotor bis 2030, kein Ende klimaschädlicher Milliarden-Subventionen (Dienstwagenprivileg) und kein Tempolimit. Dafür übernimmt die FDP das Verkehrsministerium. Fahrpreise bei der Bahn sollen nur gesenkt werden, wenn im Haushalt Mittel gefunden werden. Alle öffentlichen Investitionen stehen unter Vorbehalt der Schulden- bzw. Investitionsbremse und eines FDP-Finanzministers. Höhere Steuern auf Vermögen sind zugleich ausgeschlossen. Sozialpolitisch hat die SPD zwar eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro durchgesetzt, aber der ist zu gering um vor Altersarmut zu schützen. Das Rentenniveau wird stabilisiert, aber das ist längst zu niedrig. Zudem soll mit der Rente jetzt an der Börse spekuliert werden. Hartz IV wird durch größere Schonvermögen und längere Fristen abgemildert, es gibt Geld für Weiterbildung und die Sanktionen werden entschärft. Aber von einer Erhöhung der viel zu niedrigen Regelsätze ist keine Rede mehr. Die Höhe der Kindergrundsicherung ist ebenfalls

unklar. Die Erfolge bei der Pflege (Personalbemessung, Gehaltslücke zwischen Altenpflege und Krankenpflege schließen) sind vor allem Ergebnis von Streiks und Druck, auch von der LINKEN. Jenseits dieser »Leuchtturmprojekte« wird es richtig düster. Obwohl SPD und Grüne bezahlbares Wohnen zu »der sozialen Frage« erklärt haben, gibt es keinen Mietstopp. Die Senkung der Kappungsgrenze, der Bau von Sozialwohnungen und die Einführung einer Wohngemeinnützigkeit wird die Mietexplosion nicht stoppen.

Die Profitorientierung der Krankenhäuser bleibt und eine Bürgerversicherung kommt immer noch nicht. Dafür gibt es höhere Beiträge für die Pflegeversicherung, die vom Lohn abgehen. Für die Pflegekräfte gibt es nur eine Bonuszahlung statt endlich mehr Grundgehalt. Kleine und mittlere Einkommen werden steuerlich nicht entlastet, so verstärkt sich die Ungleichheit. Befristungen werden nur symbolisch eingeschränkt, die Leiharbeit gar nicht. Die Patente auf Impfstoffe bleiben in Kraft. Auch Aufrüstung und Waffenexporte gehen mit der Ampel weiter. Die konkrete Ausgestaltung des Rüstungsexportkontrollgesetz ist offen, sicher

ist, dass die Bundeswehr Killerdrohnen bekommt. Und selbst beim Flüchtlingschutz zeigt sich, dass die »Weltoffenheit« der Ampel scharfe Grenzen hat: Sie kündigt eine »Rückführungsoffensive« an, die Kooperation mit Diktatoren zur Flüchtlingsabwehr geht weiter.

Das zeigt: In den entscheidenden Konflikten hat sich die FDP gegen die Wahlversprechen von SPD und Grünen durchgesetzt. Der Fortschritt der Ampel ist halbiert und lässt die Menschen außen vor, die weniger Geld und keine starke Lobby haben. Wo Maßnahmen Geld kosten steht ihre Finanzierung unter Vorbehalt. Da Steuererhöhungen für Reiche und Konzerne ausgeschlossen sind und alle Ausgaben vom FDP-Finanzminister überprüft werden sollen, drohen, spätestens im Fall einer Abkühlung der Konjunktur, sogar Kürzungen. Macron hat in Frankreich gezeigt, dass diese Politik ein echter Booster für die extreme Rechte ist.

Quelle: https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/AdPg-2021.15-Koalitionsvertrag.pdf

Abgeordneter im Bundestag



Foto: Olaf Krostitz

Christian Görke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Büro im Deutschen Bundestag

Zehmeplatz 11 | 15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 030 / 227 78 218
Email: christian.goerke@bundestag.de
Internet: www.christian-goerke.de

Vor Ort in Frankfurt (Oder):



Foto: DiG/Thomas Kläber

Bettina Fortunato

Mitglied des Landtages Brandenburg

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11 | 15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 / 56 229 108
Telefax: 0335 / 56 229 109
Email: buero.frankfurt@bettina-fortunato.de
Internet: www.bettina-fortunato.de

"Zwischen Zeuthen und Brüssel"

Jeden Freitag veröffentlicht Helmut Scholz, Abgeordneter der LINKEN im Europaparlament, auf seiner Persönlichen Webseite: www.helmutscholz.eu einen Newsletter mit seiner Sicht auf das Geschehen in Brüssel. Dieser kann dort auch abonniert werden.



„DIE LINKE muss eine eigene, einigende Identität entwickeln“

Interview mit Thomas Nord über seine Zeit im Bundestag und die Entwicklung der Partei DIE LINKE

Thomas, du warst seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und bist nun nicht wieder angetreten. Wie fühlst du dich jetzt?

Gesundheitlich geht es mir zunehmend besser. Ich habe die lange Corona-Krise und meine daraus resultierenden Bewegungs- und Kontakteinschränkungen genutzt, um den Ratschlägen meiner Ärzte Folge zu leisten. Inzwischen bin ich wieder ganz gut beieinander.

Politisch ist die Situation in den vergangenen Jahren nicht besser geworden und da ich inzwischen über dreißig Jahre für eine demokratische Linke gelebt und gekämpft habe, belastet mich der aktuelle Zustand der Partei durchaus auch persönlich.

Ich war ja zu keiner Zeit nur Mandatsträger für DIE LINKE im Bundestag. Die Arbeit im Bundestag war für mich auch immer der Kampf um eine starke Linke im Bund, im Land und nicht zuletzt im Wahlkreis. Und so war ich bis 2012 MdB und Landesvorsitzender in Brandenburg, seit 2012 bis 2021 Mitglied im Parteivorstand, ab 2014 für vier Jahre Bundesschatzmeister und 2017/18 sogar noch einmal Kreisvorsitzender in Frankfurt (Oder) um den erfolgreichen Wahlkampf von René Wilke zu unterstützen.

Die Partei ist ein großer Teil meines Lebens. Daher engagiere ich mich jetzt ehrenamtlich für eine Erneuerung der Partei. Wenn dabei etwas herauskommt, wird es mir sicher guttun.

Was waren deine größten Erfolge als Bundestagsabgeordneter?

Ich war zwölf Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages und ganz sicher gab es in dieser Zeit Höhen und Tiefen. Ich habe mich lange Zeit für eine linke und demokratische Europapolitik engagiert, ganz im Sinn des politischen Erbes von Lothar Bisky. Das war nicht ohne Konflikte, da die Mehrheit in der Fraktion und insbesondere der für EU-Politik Zuständigen praktisch immer eine große politische Distanz zur Europäischen Union hatten und haben. Ich habe auch große Kritik an der EU, fand aber, dass man sie konstruktiv-



Thomas Nord

LINKER Bundestagsabgeordneter der für den Bundestagswahlkreis 63 (Frankfurt (Oder) - Oder-Spree) von 2009 - 2021

tiv-kritisch begleiten muss. Damit war ich oft in der Minderheit.

Daher waren meine besten Zeiten mit meinem Engagement in der deutsch-polnischen und der deutsch-französischen Parlamentariergruppe verbunden. Ich hatte und habe sehr gute Kontakte in den Sejm und zu den Genossen der FKP in der Assemblée Nationale. Dort konnte ich viel für gute Beziehungen zwischen polnischen, französischen und deutschen Parlamentariern und mitunter auch den Ländern tun. Auch für den Wahlkreis, insbesondere Frankfurt (Oder) und den Kontakt über die Oder hinweg war ich aktiv.

In der zweiten Wahlperiode von 2013 bis 2017 war ich stellvertretender Vorsitzender der deutsch-französischen und Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe. In der Zeit wurde in Polen die erste PIS Regierung gewählt, es gab einiges zu tun, um trotz aller Probleme die Zusammenarbeit der Länder zu stabilisieren und ich habe von vielen Kolleg:innen anderer Parteien Anerkennung für das Geleistete erhalten. Leider wurde ich dann 2017 von der Fraktionsführung kommentarlos von beiden Funktionen entfernt. Ich denke nicht, dass das mit meiner Arbeit in diesen Gruppen zusammenhing.

Zu den Erfolgen zähle ich auch die partei-

übergreifende Zusammenarbeit mit Anna-Lena Baerbock (Grüne) und Martin Patzelt (CDU) für die Verteidigung und Stärkung der Demokratie im Wahlkreis. Viele Jahre haben wir uns kontinuierlich und zusammen der Debatte mit Schüler:innen gestellt. Gemeinsam haben wir 2015 bei der Ankunft hunderttausender Flüchtlinge und in den Jahren danach, trotz vieler anderer Differenzen, humanistische Positionen vertreten. Insbesondere nach dem Aufkommen der AfD und der Kandidatur von Gauland im Wahlkreis hat sich unser Engagement bewährt.

Was waren die größten Erfolge der Fraktion DIE LINKE im Bundestag in diesem Zeitraum? Wie war die Zusammenarbeit mit der Fraktion?

Der unstrittig größte Erfolg der LINKEN im Bundestag war 2015 die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Dafür hat die Partei viele Jahre gekämpft und selbst viele Gewerkschaften haben ihn lange abgelehnt, von der SPD und anderen Parteien ganz zu schweigen. Auch in vielen anderen sozialen Fragen, hat sich die Präsenz der Linken im Bundestag zumindest dämpfend auf die neoliberale Politik der anderen Parteien ausgewirkt. Natürlich ist das nicht immer konkret messbar, aber ich glaube ein Ausscheiden der Partei aus dem Parlament würden sehr viele Menschen hierzulande sehr schnell an sozialen Verschlechterungen bemerken. Auch bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus im Land und der anhaltenden Militarisierung der Außenpolitik des Landes wurde von der Fraktion vieles geleistet.

Die Zusammenarbeit in der Fraktion war jedoch in den vergangenen Jahren sehr großen Schwankungen ausgesetzt. Leider habe ich die Fraktion von 2005 bis 2009 nicht miterlebt. Viele sagen, dass die Zeit, in der Gregor Gysi und Oskar Lafontaine diese zusammengeführt haben, ihre beste Zeit war. Als ich 2009 dazu kam schied letzterer aus den Funktionen in der Fraktion und der Partei aus gesundheitlichen Gründen aus. Danach hörten die Auseinandersetzungen in der Partei und der

Fraktion eigentlich nie mehr auf, erreichten mit dem Göttinger Parteitag 2012 einen ersten Höhepunkt und verschärfen sich ab 2015 systematisch. Lange Zeit habe ich mich für ein Zusammenwachsen der unterschiedlichen Positionen und eine gemeinsame Politik in der neuen LINKEN gerade auch in Brandenburg eingesetzt. Erst als das Programm der Partei öffentlich und prominent immer mehr in Frage gestellt wurde und die Mehrheit der Fraktion das unterstützte oder zumindest tolerierte, bin ich zunehmend in Widerspruch zu ihrer Praxis geraten.

Das heißt natürlich nicht, dass ich nicht viele wunderbare Genossinnen und Genossen in der Fraktion kennen und schätzen gelernt habe und mit vielen auch eine gute Zusammenarbeit hatte. Aber insgesamt hat das angespannte Klima in der Fraktion keinen guten Einfluss auf die Atmosphäre gehabt und vieles an denkbaren Erfolg verhindert.

Warum hat DIE LINKE bei der Bundestagswahl nur 4,9 Prozent bekommen?

Ich denke einiges habe ich hier schon dazu gesagt. DIE LINKE ist als Partei aus dem Widerstand gegen die Agenda 2010 von SPD und Grünen hervorgegangen und bestand aus Menschen mit sehr vielen unterschiedlichen Herkunft und politischen Positionen. Auch die PDS und die WASG waren ja keine homogenen Organisationen, sondern von einer Vielzahl unterschiedlichster Konflikte durchzogen. Geeint haben beide meist äußere Faktoren und starke Persönlichkeiten, nicht unbedingt immer der innere Wille. Mit der Gründung der Partei DIE LINKE 2007 verband sich die Absicht, aus und mit dieser sogenannten Mosaiklinken eine neue soziale Idee zu entwickeln. Dieses Vorhaben ist vorerst gescheitert.

Die Ankunft der Flüchtlinge 2015 war die erste große gesellschaftliche Krise seit der Deutschen Einheit, die die Partei nicht gestärkt, sondern nachhaltig geschwächt hat. Die einigenden Grundwerte wurden permanent in Frage gestellt. Ursächlich für diese öffentlich wahrnehmbare Spaltung der Linken sind antagonistische Ant-

worten auf die Globalisierung und ihre die Gesellschaft massiv verändernden Herausforderungen. Wer diese mit nationaler Abschottung beantworten will, kommt zu definitiv anderen politischen Antworten und Positionen als diejenigen, die in dieser Situation internationale Solidarität als Lösungsansatz definieren. Und natürlich gibt es auch noch ungelöste Konflikte, die die Wähler:innen spüren und die unklar machen, wer oder was die Partei eigentlich ist

Was sollte DIE LINKE anders machen?

DIE LINKE ist in ihrer dritten großen Krise seit 1990. Sie muss jetzt ihre Hausaufgaben machen und eine eigene und einigende Identität entwickeln. Wir schulden dem Land in Zeiten der Globalisierung eine neue soziale Idee. Dazu müssen die jetzigen Differenzen transparent und entscheidungsfähig gemacht werden. Dann wird man sehen, welche politischen Positionen tatsächlich die bestimmenden sind. Auf diesem Weg werden auch Wähler:innen wieder erfahren, wer oder was die Partei ist oder eben auch nicht. Zurzeit demobilisieren sich unterschiedliche Milieus in unserer Wählerschaft gegenseitig. Wenn man das so fortsetzt, ist die Gefahr des endgültigen Scheiterns nicht mehr auszuschließen.

Mein Eindruck gegenwärtig ist allerdings, dass sich die Konservierung der bisherigen Konstellation fortsetzt, die Konflikte wie gehabt unter den Teppich gekehrt werden sollen und man auf erneute gravierende Fehler der politischen Konkurrenz als Motor für den eigenen Erfolg setzt, ohne irgendetwas zu klären. Allerdings sollte man dabei nicht vergessen, dass die Wiederholung von Geschichte oft als Farce daherkommt und dass es im Gegensatz zu 1990 oder 2005 inzwischen eine rechtsextreme populistische Partei gibt, die auf genau dasselbe Szenario wartet.

Was würdest du anders machen, wenn du deinem alten Ich einen Tipp geben könntest?

Früher auf die Ärzte hören.

*Das Interview führte Christopher Voß
Redaktion Widerspruch*

IMPRESSUM

Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Wir behalten uns vor, Beiträge sinngemäß zu kürzen. Für unverlangt eingesandte Beiträge und Bilder, übernehmen wir keine Haftung. Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
☎ (0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
📺 <http://gleft.de/45M>
🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, Sonnhild Grünberg,
Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

weitere Autor:innen:

Dr. Horst Dahlmann, Stefan Kunath,
Ella Schleeese, Günther Wullekopf

Satz und Druck: Willi Wallroth

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99
BIC: WELADED1LOS
bei der Sparkasse Oder-Spree
Kennwort: **Spende Der Rote Hahn**

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 28. Januar 2022

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

18. Januar 2022, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 20. Januar 2022,
Hybrid-Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter
der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier.
Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU
Ecolabel.



www.dielinke-ffo.de



Heraus aus dem Tief - aber wie?

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 mit 4,9 Prozent eine schwere Niederlage erlitten.

Ein zweistelliges Ergebnis war angepeilt um ein rot-grün-rotes Regierungsbündnis möglich zu machen. Dies ist nicht gelungen. „Einige Faktoren lagen außerhalb unseres Einflusses, aber wir müssen uns grundlegende Fragen stellen:

Fragen nach unseren Fehlern, Fragen nach unserer gesellschaftlichen Funktion und unserem Profil, Fragen nach unserer Idee einer freien, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft.“ steht im durch den Parteivorstand am 03. Oktober gefassten Beschluss „Zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl 2021“.

Wie auf allen Ebenen – Bund, Land und hier in Frankfurt (Oder) – nach Antworten auf diese Fragen gesucht wird und darüber welche gefunden werden, will Der Rote Hahn in den nächsten Monaten in dieser Artikelserie informieren.

Den Kompass neu ausrichten

Hin zu einer modernen Gerechtigkeitspartei mit sozialem Fundament



„Den Kompass neu ausrichten“ ist ein Papier der beiden Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler, welches am 11./12. Dezember im Parteivorstand diskutiert wurde. Als ein Diskussionsangebot an die Mitglieder der Partei bezeichnete es Janine Wissler auf der Pressekonferenz am 13. Dezember 2021.

„Unser Ergebnis bei den Bundestagswahlen macht glasklar, dass jetzt etwas Neues kommen muss, dass wir nicht zu den politischen Antworten zurückkom-

men können, die wir in der Zeit des Widerstands gegen die sozialen Folgen der Nachwendetransformation oder gegen die Agenda 2010 Politik verwendet haben.“ so Suzanne Hennig-Wellsow auf der Pressekonferenz. Zugleich betonte sie, dass klar ist, „dass wir als eine linke Partei in einer Situation mit der Ampel, mit einer sich verändernden Gesellschaft, uns auch als Partei verändern müssen, um nicht nur als Korrektur im Sozialen gegenüber SPD und Grünen wahrgenommen zu werden.“ Ein Diskussionspapier an die Mitglieder ist es, „weil uns natürlich klar ist, wir haben ein desaströses Bundestagsergebnis erlebt und wir müssen dies natürlich in aller Offenheit auswerten und wir müssen Schlüsse ziehen wie es weitergeht für DIE LINKE und welche Konsequenzen wir daraus ziehen.“ so Janine Wissler.

Die Herausforderung vor der wir als Kreisverband nun stehen ist, dieses Diskussi-

onsangebot aufzugreifen und den Diskurs vor Orte zu führen.

Das Papier „Den Kompass neu ausrichten“ enthält dafür drei Themenvorschläge: 1. Die Kräfte bündeln, heißt sich auf Arbeitsschwerpunkte zu konzentrieren. Vorgeschlagen werden: „Gesundheit vor Profit“, „Bezahlbare Miete statt Rendite“, „Klimaneutrale und funktionierende Mobilität“, „Gewerkschaftliche Verankerung und gute Arbeit in der Transformation“. 2. Mitgliederoffensive und Stärkung der Kreisverbände und 3. Verankerung in gesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen.

Dem Kreisvorstand, als das politische Führungsorgan, kommt die Aufgabe zu, auf der Kreisverbandsebene unter den Bedingungen der vierten Coronawelle die Räume dafür zu schaffen.

Michael Große

DIE LINKE. Frankfurt (Oder) geht auf Kurs

Gemeinsame Beratung des Kreisvorstands mit Vertreter*innen der Basis

Am 01. Dezember traf sich der Kreisvorstand (coronabedingt online) mit den Vorsitzenden und Sprecher:innen der Basisorganisationen und Arbeitsgruppen. Anlass: Wie verfahren mit der 1. Tagung des 8. Kreisparteitags mitten in der vierten Coronawelle?

Der Entscheidung war eindeutig: Auf Grund der pandemischen Lage – am 01. Dezember lag die 7-Tages-Inzidenz in Frankfurt (Oder) bei 784 – folgte die Beratung einstimmig dem Vorschlag des Geschäfts-

führenden Kreisvorstandes, die für den 11. Dezember geplante 1. Tagung des 8. Kreisparteitages abzusagen. Vorgesehen ist, die Tagung einzuberufen sobald es die Coronalage zulässt. Dabei ist zu beachten, dass Anfang April 2022 die 1. Tagung des 8. Landesparteitags stattfinden soll. Ist eine rechtzeitige Durchführung des Kreisparteitages, der u.a. auch Delegierten zum Landesparteitag wählen muss, vor diesem Termin nicht möglich, sollen die Delegierten per Briefwahl gewählt werden.

Grundlage für die Arbeit des derzeitigen Kreisvorstands in den Monaten bis zur Wahl des neuen Kreisvorstandes soll, so der Kreisvorsitzende Stefan Kunath, der Leitantrag an die 1. Tagung des 8. Kreisparteitags sein. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass keine Zeit zu verlieren ist, wenn DIE LINKE auch in Frankfurt (Oder) wieder aus ihrem Tief herauskommen will. Für die anstehenden Debatten über die Ursachen des Niedergangs, die zu entwickelnde Strategie für die politische Arbeit in den nächsten

Jahren und für die Organisation der politischen Arbeit in den kommenden Monaten werden unter Berücksichtigung der aktuellen Coronalage Räume geschaffen – in Form von Online- und Hybrid-Veranstaltungen. Dies bedeutet bereits: Konkrete Umsetzung eines wichtigen Bestandteils des Leitantrages, der „Organisation eines attraktiven Parteilebens“ und dies unter Pandemiebedingungen.

Stefan Kunath informierte weiterhin über den Vorschlag des Geschäftsführenden Kreisvorstandes Anja Kreisel und Paul Grimm in den Kreisvorstand zu kooptieren – eine sehr freizügige Auslegung der diesbezüglichen Regelungen. Begründung: Beide sind bereit für den nächsten Kreisvorstand zu kandidieren. Anja Kreisel und Paul Grimm waren im Bundestagswahl-

kampf aktiv – sie als Co-Wahlkampfleiterin, er als Verantwortlicher der Haustürgespräche. Beide sind die neugewählten Sprecher:innen der Basisorganisation M 03. Anja Kreisel leitet die AG „Der Rote Hahn“ und Paul Grimm ist maßgeblich daran beteiligt, an der Viadrina den Studierendenverband Die Linke.SDS neu aufzubauen. Gegen den Vorschlag, Anja Kreisel und Paul Grimm in den Kreisvorstand zu kooptieren, gab es seitens der Teilnehmer:innen an der gemeinsamen Beratung keine Einwände und die Mitglieder des Kreisvorstands stimmte ihm einstimmig zu.

Angesprochen wurde auch das Thema Neujahrsempfang, Teil des Präsenzzeitens der LINKEN in der Stadt. Dieser wird im Januar 2022 auf Grund der nicht abseh-

baren Corona-Entwicklung nicht stattfinden. Angedacht ist ein Empfang im Frühjahr. Die Organisator:innen sollten sich da auch am Leitantrag orientieren.

Mit den Ergebnissen der gemeinsamen Beratung des Kreisvorstandes mit Vertreter:innen der Basis, spricht einiges dafür, dass DIE LINKE. Frankfurt (Oder) einen Kurs einschlägt, der den Niedergang im zurückliegenden Jahrzehnt stoppen kann und die Akzeptanz der Partei in der Oderstadt wieder stärkt.

Michael Große

Die Macht der Worte

Als Bestandteil des für Anfang Dezember geplanten Landesparteitages waren vier Foren geplant, in denen wir Genoss:innen zusammenkommen und diskutieren sollte. Trotz Ausfall des Landesparteitages wurden die Foren jedoch online durchgeführt, die nun offen für alle interessierten Genoss:innen waren.

Ich beteiligte mich am 04.12. 2021 am Forum „Verständlicher werden: Wie formulieren wir unsere Botschaften in einer Sprache, die unsere Zielgruppen erreicht und mitnimmt?“

An diesem Forum nahmen insgesamt 15 Genossinnen und Genossen teil, die ihre Erfahrungen aus dem Wahlkampf einbrachten.

Viele von uns haben z. B. in dem zurückliegenden Wahlkampf die Erfahrungen gemacht, dass unsere Flyer nicht angenommen oder Gespräche abgebrochen wurden. Alles aus verschiedenen Gründen, verständlich.

Ein nicht unwesentlicher Grund:

Unsere Herangehensweise, unsere Sprache, mit der wir mit Nicht-Genoss:innen über Politik, über unsere Politik sprechen. Es stellt sich die Frage. Erreichen wir andere, nehmen wir sie mit?

Das Forum stellte sich zur Aufgabe, wie wir die Kommunikation verbessern können, ohne dass wir ein Bild erzeugen, dass wir

alles wissen, den Weg zur Lösung gesellschaftlicher Probleme schon kennen und in unseren Flyern die ganze Welt erklären können.

Anfangs einigten wir uns darauf, dass in den zwei Stunden nicht der Raum ist, eine Diskussion über eine Klassifizierung von Zielgruppen zu führen.

In einem kurzem Theorieteil wurde uns ein Kommunikationsprinzip für das politische Gespräch bzw. für den politischen Text vorgestellt.

Er besteht in einem Dreierschritt, deren Teile überschrieben sind mit: „Wut – Hoffnung – Aktion“.

Was ist damit gemeint?

In dem ersten Schritt greifen wir ein gesellschaftliches Problem, z. B. in der Kommune auf. Wir sollten also wissen, wo den Einwohner:innen der „Schuh drückt“. Eventuell ist das politische Problem/das Thema der Kommunikationspartnerin bzw. dem Partner bekannt oder es ist bekannter zu machen. Was bedeutet es für das

Leben, den Alltag, die Zukunft dieses Menschen und anderer?

Ich fand die Bezeichnung des Schrittes mit „Wut“ nicht so passend, erinnert er mich doch an einige ausgeflippten „Wutbürger“. Im nächsten Schritt geht es darum zu fragen und Antworten zu suchen, ob das Problem lösbar ist und was für eine sinnvolle Perspektive passieren müsste. Lösungen sind kaum alternativlos. Wie könnte eine linke Perspektive aussehen? Es gilt also, Hoffnung zu wecken.

Damit ist dann verbunden, möglichst zu einer gemeinsamen Aktion zu kommen: Was wäre der erste Schritt, der auf dem Weg passieren müsste? Was können wir tun, was kann die angesprochene Person tun?

Am Beispiel einer fiktiven Privatisierung eines Kreiskrankenhauses wurde die Anwendung des Dreierschritts in Kleingruppen erprobt.

In der Vorstellung der Konzepte kamen ganz unterschiedliche Texte heraus, in denen mit mehr oder weniger Erfolg der Dreierschritt angewendet wurde. Im Folgenden eine Zusammenfassung:

- Wir können im Gespräch bzw. im geschriebenen Text an der gegenwärtigen gesundheitlichen Versorgung in der Kommune „andocken“, an gute und schlechte Erfahrungen, an notwendige Veränderungen, an Verlautbarungen, warum Verbesserungen nur durch eine Privatisierung erfolgen könnten. Deuten sich schon Folgen für die Versorgung bzw. für die Beschäftigten an? Kann man auf Beispiele in anderen Kommunen verweisen, wo Ähnliches passierte?

Hat die Privatisierung persönliche Folgen für die angesprochene Person?

Als Rat wurde uns mit auf den Weg gegeben, solche Begriffe wie z. B. „Privatisierung“ nicht in jedem Fall zu verwenden, sie können auch „Sprachhülsen“ sein, ohne Inhalt.

In den Kleingruppen sind wir immer wieder darauf gestoßen, dass wir Inhalte und Aktionen den Zielgruppen entsprechend variieren müssen, aber leider blieb keine Zeit, dies auszudiskutieren.

- Im Gespräch bzw. im schriftlichen Text gilt es, Hoffnung wecken: Wir können die Privatisierung gemeinsam verhindern oder wenigstens weitgehende negative Folgen in der Versorgung

bzw. Beschäftigung ausschließen. Ist das machbar? Was müsste passieren sowohl seitens politischer Gremien als auch der Einwohnerschaft?

- Damit können wir über Aktionen sprechen: Was können wir gemeinsam (wer ist „wir“?) tun, was können Sie tun? Was sollte der 1. Schritt sein?

So unbekannt ist das alles nicht, wir sollten uns immer wieder darauf besinnen, mit Bürgern in Kontakt zu bleiben (Haustürgespräche, Infostände, Treffs in Wohngebieten, Sprechstunden der Abgeordneten ...).

Sonnhild Grünberg

Da wächst zusammen, was zusammen passt

Das waren die Worte von Olaf Scholz auf dem Landesparteitag der Brandenburger SPD mit Blick auf die Regierungskoalition von SPD, Grünen und FDP. „Das Ampelbündnis sei eine große Koalition des Fortschritts.“ Der Landesvorsitzende der SPD und Ministerpräsident in Brandenburg schwärmt über „ein neues sozialdemokratisches Zeitalter.“

Der von SPD, Grünen und FDP sanktionierte Koalitionsvertrag trägt die verheißungsvolle und zugleich vielfältig auslegbare Überschrift „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Was haben nun die Menschen nach den Verheißungen von Modernisierungsfortschritt, Gerechtigkeit und Klimaschutz im Wahlkampf von einer Ampelkoalition unter Regie des sozialdemokratischen Bundeskanzler Olaf Scholz zu erwarten?

In der bestehenden Klassengesellschaft lässt die Verteilung der Kosten und Lasten erkennen, ob die Regierung eine liberale, linke oder rechte Politik betreibt. Von einem linksliberalen Kurswechsel, den der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU befürchtete, fehlt im Koalitionsvertrag jede Spur. Bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages erklärte Christian Lindner, FDP-Vorsitzender, unwiderspro-

chen: „Dies ist eine Koalition der Mitte.“ Als Minister für Finanzen bedient Lindner zukünftig maßgeblich die Schalthebel der Verteilung der Kosten und Lasten in der Gesellschaft. Dem aus dem Amt scheidenden SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans blieb nur übrig, einzugestehen, dass es der SPD nicht gelungen sei „eine stärkere Belastung großer Einkommen zu erreichen“. Das Thema Reichensteuer und steuerliche Entlastung geringer Einkommen wurde bereits während der Sondierungsgespräche entsorgt.

Das Steuerkapitel nimmt eine inhaltlich belanglose Seite im Koalitionsvertrag ein. Die von SPD und Grünen während des Wahlkampfes in Aussicht gestellte Steuerreform findet nicht statt. Festgeschrieben ist die Rückkehr zur Schuldenbremse ab 2023.

Eine konkrete Antwort darauf, wie die nachhaltigen Investitionen für die Energiewende und Digitalisierung finanziert werden sollen – die Rede ist von 50 Milliarden jährlich –, bleibt aus. Es sei an die mit freundlichen Bildern von Olaf Scholz und Annalena Baerbock versehenen Wahlplakaten und Flyern erinnert, auf denen von sicherer gut bezahlter Arbeit, stabilen Renten und sozialer Gerechtigkeit die Rede war, was den Menschen ein Leben in Würde und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen würde. Die SPD sprach sich für einen „neuen Sozialstaat“ aus. Im Koalitionsvertrag ist jedoch von einer grundlegenden Reform der sozialen Grundsicherung nichts zu lesen. Es soll ein Bürgergeld anstelle von Hartz IV eingeführt werden. Eine Erhöhung der Grundsicherung ist offensichtlich nicht beabsichtigt. Damit bleibt es für 2022 bei einer Regelsatzerhöhung von 3 € für Erwach-

sene und Jugendliche. Eingeführt werden sollen eine Kindergrundsicherung sowie Verbesserungen im Hinblick auf Kosten für Unterkunft und Heizung. Ob damit Armut vorgebeugt wird, muss sich erst zeigen.

Die Grünen hatten im Wahlkampf eine Klimaregierung mit einem Klimaministerium angekündigt. Geblieben ist, dass der Kohleausstieg „idealerweise“ auf 2030 vorgezogen werden und dass bis dahin 80 % der Stromerzeugung mit dem Ausbau erneuerbarer Energien erfolgen sollen. Verkehrswissenschaftler sehen in dem Koalitionsvertrag keine Inhalte für eine Mobilitätswende. Sie halten eine „Fortsetzung der Auto-Orientierung“ durch einen von der FDP nominierten Verkehrsminister für sehr wahrscheinlich. Der Koalitionsvertrag gibt keine Antwort darauf, wie die hohen Kosten der Klimaschutzvorhaben sozial verträglich verteilt werden sollen. Die gegenwärtig explodierenden Preise für Energieträger lassen bereits erahnen, dass die Mehrheit der Lohnabhängigen

und Rentner mit den Kosten für die Klimawende belastet wird.

Dem Brandenburger SPD-Vorsitzenden Dietmar Woidke müsste es eigentlich aufgefallen sein, dass in dem 160 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag das Wort Ostdeutschland nur einmal vorkommt. Die anhaltend großen Lohn- und Rentenunterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern spielen im Koalitionsvertrag keine Rolle. Das mittlere Bruttomonatsgehalt eines Vollbeschäftigten im Osten beträgt 2890 € und das im Westen 3540 €. Branchenbezogen gibt es Unterschiede, so in der Textilindustrie mit fast 70 % und in der Auto- und Maschinenbauindustrie von 40 %. Ostdeutschland, besonders Brandenburg, ist ein Niedriglohnland.

Dass in den ostdeutschen Bundesländern Millionen lohnabhängige Erwerbstätige zweitklassige Arbeitnehmer sind, war für SPD und Grüne nicht wert zum Gegenstand des Koalitionsvertrages zu machen.

Dass zusammenwächst, was zusammen gehört, wird am augenscheinlichsten in der Außenpolitik sichtbar. SPD, Grüne und FDP eint, dass die betonte zunehmende deutsche Verantwortung die weitere Aufrüstung der Bundeswehr und ihre bessere Befähigung zu Auslandseinsätzen erfordert. Daran wird nicht gespart werden.

Die bereits laute Kritik von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie die Klimaschutzbewegungen an dem Koalitionsvertrag macht deutlich, dass es eine offensive linke Partei im Bundestag braucht. Die Erfahrung lehrt, dass DIE LINKE stets dann stark war, wenn sie geschlossen auf der Grundlage einer verständlichen sozial- und friedenspolitischen Strategie zusammen mit den sozialen Bewegungen Politik machte. Die bevorstehenden Verteilungskämpfe erfordern, dass sie sich dazu im Bundestag, in den Landtagen und den Kommunen wieder befähigt.

Dr. Horst Dahlmann

Sozialismus im 21. Jahrhundert

„Die Partei sucht eine neue Funktion, ebenso wie neue Zielgruppen. Sie stellt sich linker als die SPD, grüner als die Grünen dar und kann das nicht ihren Wähler: innen vermitteln. Hat DIE LINKE ein Kommunikationsproblem?“ war im „Bericht aus dem Kreisvorstand vom 27.09.2021“ in Der Rote Hahn 08.2021 zu lesen.

„Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“ (Programm der Partei DIE LINKE, Präambel). Wer dieses Ziel anstrebt, muss auf alle Fälle linker als die SPD sein und auch grüner als die Grünen, denn mit einem grünen Kapitalismus und mit sozialdemokratischen Reformen im Geiste Bernsteins wird es weder echte soziale Gerechtigkeit noch Klimagerechtigkeit geben und auch der Klimawandel wird nicht gestoppt, schon gar nicht wenn die neoliberale FDP mit im Bunde ist. Wer dieses Ziel anstrebt und das Parteiprogramm kennt muss auch nicht nach einer neuen Funktion und

neuen Zielgruppen suchen. Beides ist im Parteiprogramm nachzulesen: Zum einen die strategische Kernaufgabe der LINKEN, die darin besteht, „zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“ (Abschnitt 5.) und zum anderen, dass Deutschland eine kapitalistische Klassengesellschaft ist. Welche Zielgruppen sich daraus für DIE LINKE ergeben steht ebenfalls im Parteiprogramm. (Abschnitt 2.)

Mag sein, dass DIE LINKE im Bundestagswahlkampf ein Kommunikationsproblem hatte und wenn, dann auch schon davor. DIE LINKE. Frankfurt (Oder) muss sich wieder auf das Gründungsverständnis der Partei besinnen und sich DIE LINKE-Programmatik wieder erschließen, sich in

eine Art Selbstfindungsprozess begeben. Diesen zu unterstützen, das ist ein Ziel der Initiative „Plattform politische Bildung von Links“, über die sich Paul Grimm, Mitglied der SDS-Hochschulgruppe, Frank Hühner und ich (beide DIE LINKE. stärken) am 04. Dezember verständigt haben. In der Reihe „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ soll Mitgliedern, Unterstützer*innen und Sympathisant*innen die Möglichkeit geboten werden, sich mit dem Sozialismus im 21. Jahrhundert auseinanderzusetzen. Was ist „Sozialismus im 21. Jahrhundert“? Wie kommen wir dorthin? Diese und viele weitere Fragen sollen in dieser Reihe besprochen werden. Angestrebt wird auch eine Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und mit Anbietern politischer Bildung in der Stadt (etwa des RotFuchs-Fördervereins).

Für das I. Quartal 2022 sind zunächst drei Veranstaltungen geplant, die je nach Corona-Lage als Präsenz- oder Online-Veranstaltung stattfinden sollen. Auf Grund begrenzter Platzkapazität in den Räumen des Kreisverbandes werden Präsenzveranstaltungen bei Bedarf auch im Hybridformat durchgeführt.

Das Angebot im I. Quartal 2022:

Januar

„Bildungskritik und Bildungsutopie“

DIE LINKE SDS an der Viadrina Frankfurt (Oder) lädt ein zu einem kleinen Lektüreworkshop über linke Kritik am Bildungssystem. U.a. soll über moderne, sozialistische Bildungsutopien und darüber, wie sie für die Diskutanten aussehen könnte.

Februar

„Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution“

... lautet der Titel der jüngsten Publikation von Klaus Dörre, erschienen 2021 bei MSB Matthes & Seitz Berlin Verlagsgesellschaft mbH, in der Dörre Konturen für einen Sozialismus für das 21. Jahrhundert herausarbeitet. Hierbei bewegt er sich im Spannungsverhältnis des utopischen Denkens, einer kritischen Analyse des aktuellen Kapi-

talismus und der Debatte einer konkreten Ausgestaltung einer sozialistischen Gesellschaft. Dörre verbindet Sozialismus dabei eng mit den Anforderungen eines nachhaltigen Entwicklungspfad, der sich an den 2016 von den Vereinten Nationen formulierten 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung orientieren sollte.

Während unserer Veranstaltung wollen wir diskutieren, inwieweit die Ausführungen von Dörre eine tragbare Grundlage für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert abgeben können.

Geplanter Termin: 22. Februar 2022, 18:00 Uhr (Konkretisierung in Der Rote Hahn, 01.2022 und auf <https://www.dielinke-ffo.de/termine/>)

März

„Acht Elemente linker Strategie. Anregungen zu einer notwendigen Diskussion“

DIE LINKE steht nach der katastrophalen Niederlage am 26. September vor der Herausforderung einer strategischen Neuausrichtung. Dieter Klein, Fellow im Institut für Gesellschaftswissenschaften der Rosa-Luxemburg-Stiftung (mit dem Schwerpunkt Transformationstheorie), hat in einem Vortrag den Zusammenhang verschiedener Momente linker Strategie an Hand von acht Beispielen versucht

deutlich zu machen. Diesen Vortrag wurde in leicht bearbeiteter Fassung in der Zeitschrift Sozialismus, Heft 12-2021, veröffentlicht und bildet die Grundlage für diese Veranstaltung. Es wird um einen Überblick über die von Klein besprochenen acht Elemente linker Strategie gehen (siehe Kasten), um daraus weitere Themen für die politische Bildung zur Selbstfindung und zur Unterstützung der Strategieentwicklung abzuleiten.

Geplanter Termin: 29. März 2022, 18:00 Uhr (Konkretisierung in Der Rote Hahn, 02.2022 und auf <https://www.dielinke-ffo.de/termine/>)

Michael Große

Acht Elemente linker Strategie. Anregungen zu einer notwendigen Diskussion von Dieter Klein.

1. Selbstermächtigung von unten
2. Breite solidarische Bündnisse
3. Eine verbindende Erzählung
4. Öffentliche Diskurse
5. Der Weg – doppelte Transformation
6. Differenzierung der Machteliten
7. Eroberung staatlicher Machtoptionen
8. Erneuerung der politischen Kultur und Emanzipation des Menschen im Menschen

Corona getrotzt!

Unsere kleine Frankfurter Regionalgruppe der AG Cuba sí kann im fast vollendeten „Coronajahr“ 2021 auf eine erfolgreiche Bilanz zurückblicken. Unter den erschwerten Bedingungen war es manchmal verdammt kompliziert, unsere Freundinnen und Freunde von Kuba bei der Stange zu halten und zu aktivieren!

Zur Kundgebung gegen die US-Blockade am 27. März vor der amerikanischen Botschaft in Berlin war unsere Frankfurter Regionalgruppe dabei, genauso wie bei der folgenden Fahrraddemo am 29. Mai mit Ziel am Brandenburger Tor.

Dass wir zum 1. Mai aktiv wurden, muss sicher nicht besonders erwähnt werden. Wir verteilten Info-Material, in deren Ergebnis u. a. die Genossen der KPD-Ost wertvolle Soli-Geschenke übergaben.

Der Info-Stand anlässlich des 30-jährigen Bestehens unserer Solidaritätsorganisa-

tion am 23. Juli in der Karl-Marx-Straße wurde von vielen Bürgerinnen und Bürgern besucht und es gab eine Menge interessante Gespräche.

Dass wir nicht „im eigenen Saft“ schmoren, bewiesen wir beispielsweise durch Unterstützung eines Standes von Cuba sí während einer Wahlveranstaltung Ende August in Cottbus. Der Weltfriedenstag am 1. September war genauso Anlass für unsere Präsenz wie auch das Fest der Vielfalt Ende des gleichen Monats.

Ein kleiner Wermutstropfen bleibt aber trotz alledem: Obwohl unsere Aktivitäten als AG Cuba sí innerhalb der Linkspartei stets rechtzeitig bekannt waren (hier auch mal ein kleines Dankeschön an das Informationsblatt „Der Rote Hahn“), hätten wir uns mehr Resonanz von Parteimitgliedern bzw. Mitgliedern des Kreisvorstandes gewünscht. Aber unser Optimismus stirbt zuletzt!

Die Botschaft Kubas in der Bundesrepublik Deutschland ließ es sich übrigens nicht nehmen, allen Freundinnen und Freunde Kubas für ihre aktive Soli-

darität und Unterstützung des Landes im Kampf gegen die Folgen von Corona und der über 60-jährigen völkerrechtswidrigen Blockade durch die USA zu danken (Original im Internet nachzulesen unter: <https://kurzelinks.de/mzrw>):

In einer emotionalen Feierstunde im Finlay-Impfstoffinstitut (IFV) in Havanna Ende September bedankten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Spenden, die sie von der Solidaritätsorganisation Cuba sí als Arbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE erhalten hatten. Der stellvertretende Direktor der wissenschaftlichen Einrichtung, Dr. C. Yuri Valdés Balbín,

sprach den Dank aus und hob die Rolle der Arbeitsgemeinschaft der Linkspartei im Kampf gegen die US-Blockade gegen die Karibikinsel hervor, ihre Unterstützung bei der Entwicklung sozialer und wirtschaftlicher Projekte wie z. B. die Molke-reiprojekte in Guantánamo, Mayabeque, Pinar del Río und Sancti Spiritus. Weiterhin dankte er für den herausragenden und humanen Beitrag durch Spenden an das kubanische Gesundheitssystem zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie. Für die über 30-jährige unermüdliche und herausragende Arbeit erhielt Cuba sí die Gedenkplakette 60. Jahrestag des Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP), die der

Botschafter in Deutschland, Ramón Ripoll, anlässlich der Fiesta de Solidaridad am 24. Juli 2021 in Berlin übergab.

Wir wünschen allen Freundinnen und Freunden Kubas ein besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten und vor allem gesunden Rutsch ins Neue Jahr.

Bitte bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und unterstützt weiterhin unsere Aktivitäten im Rahmen der AG Cuba sí innerhalb der Linkspartei und auch gern darüber hinaus!

Wolfgang Frotscher
www.cubasi-ffo.de

LINKS gelesen

In der Rubrik „LINKS gelesen“ stellen wir Publikationen vor, die uns bewegen und wir gern weiterempfehlen.

Die Verdammten dieser Erde

Frantz Fanon

Die Verdammten dieser Erde

Vorwort von Jean-Paul Sartre

Suhrkamp

Vor 60 Jahren, im Dezember 1961, erschien das Buch „Die Verdammten dieser Erde“ von Frantz Fanon. Aufgewachsen auf der von Frankreich kolonial beherrschten Karibikinsel Martinique, meldete er sich freiwillig, um gegen den deutschen Faschismus zu kämpfen. Und erfuhr, dass er als schwarzer Franzose von den französischen Soldaten weder als richtiger Franzose, denn überhaupt als Mensch behandelt wurde. Das die Verdammten dieser Erde – ein Gesang auf die Internationale – eben nicht nur das entlohnte Industrieproletariat in der Fabrik ist, sondern in globalen Maßstäben ebenso die Unentlohten in der (Post) Kolonie, zeigt dieses wohl immer noch aktuelle Buch deutlich.

Denn auch heute noch erhält sich Europa seinen reichen Lebensstil durch fortdauernde Ausbeutung afrikanischer Staaten, Rohstoffe, Ressourcen und Menschen. Aus dem Gesamtkontext ist es möglich, einige Passagen als gewaltverherrlichend, nationalistisch oder Ressentiments bedienend zu lesen – denn Gewalt, und dass es auch so etwas wie emanzipatorische Gegengewalt geben kann, ist zentraler Analyserahmen des Buches. Durchgängig wird die Situation der Kolonie, die Entmenschlichung, die willkürliche Ermordung, die Internierung und Zwangsarbeit benannt – kurz: Das Gewalt überhaupt nichts Besonderes ist. Das besondere an

der emanzipatorischen Gewalt sei, dass sie nicht nur eine bloße Rück- und Gegengabe der Gewalt ist, dass Menschen nun beiderseits die Fähigkeit haben einander zu verletzen, das auf Terror Gegenterror folgt und so ein Gleichgewicht hergestellt sei. So kritisierte er selbst die meisten sogenannten Nationalen Befreiungsbewegungen, da diese die Gewalt und den Manichäismus nicht aufheben, sondern sich an diese Stelle setzen wollen. Diese Unterteilung der Welt und der Menschen in „gut“ und „böse“ muss nach Fanon in dieser Praxis aufgehoben werden. Denn die Perspektive nach einer gemeinsamen Welt, der globalen Solidarität, der gegenseitigen Verantwortung und Sorge – eben, dass wir keine anderen Herr:innen brauchen, sondern keine – ist in diesem Zirkel aus Gewalt und Gegenwärt nicht überwindbar.

Und so ist das Werk eben der Versuch, die Spaltungen, die der Kapitalismus aufgrund unserer Race konstruierte so deutlich wie möglich zu benennen: Aber somit eben mit der Perspektive ihrer Aufhebung. Denn so kann nicht nur der*die Kolonialisierte in eine wahrhaft menschliche Beziehung eintreten, solange die (Neo) Kolonie besteht, auch die Europäer:innen können keine Menschen sein, solange die Menschenrechte nur diesseits des militari-sierten Grenzzauns behauptet werden.

Alexander Hübner

Support your local bookdealer!
Unterstützt den lokalen Buchhandel!

Autor:in: Frantz Fanon
Titel: Die verdammten dieser Erde
Verlag: Suhrkamp
Erscheinungsdatum: 31.03.1981
(Ersterscheinungsjahr: 1961)
Seiten: 267
ISBN: 978-3-406-75486-9
Preis
Broschur: 11,00 €